

INTERLLOYD VERSICHERUNGS-AG

Geschäftsbericht 2016

EINZELABSCHLUSS



Interlloyd
VERSICHERUNGS-AG

Inhalt

Kennzahlen	4
.....	
Das Profil des ARAG Konzerns	5
.....	
Lagebericht	6
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	9
III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	17
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	18
.....	
Jahresabschluss	31
.....	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	51
.....	
Bericht des Aufsichtsrats	52
.....	
Organe der Gesellschaft	54
.....	

Überblick

Kennzahlen Interlloyd Versicherungs-AG

(in Tausend Euro)	2016	Veränderung	2015	2014
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	59.928	4,58%	57.302	54.386
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	28.808	4,38%	27.600	25.141
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	15.000	-2,13%	15.326	14.101
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	52,07%	-3,46%-Pkt.	55,53%	56,09%
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	11.861	2,63%	11.557	10.510
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	41,17%	-0,70%-Pkt.	41,87%	41,81%
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung, brutto	5.046	945,90%	482	1.745
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung f. e. R.	1.494	408,91%	293	122
Versicherungstechnisches Ergebnis nach Schwankungsrückstellung f. e. R.	-718	51,25%	-1.473	1.604
Kapitalanlageergebnis	1.323	12,54%	1.176	1.724
Sonstiges Ergebnis	-715	-24,34%	-575	-534
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-110	87,42%	-872	2.795
Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung aus Ergebnisabführungsvertrag)	-115	86,94%	-877	2.522
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge f. e. R.	147,23%	6,70%-Pkt.	140,53%	139,12%
Eigenkapital/Verdiente Beiträge f. e. R.	25,66%	-1,13%-Pkt.	26,79%	25,50%

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und zählt weltweit zu den drei führenden Rechtsschutzanbietern. Vor über 80 Jahren als reiner Rechtsschutzversicherer gegründet, positioniert sich die ARAG heute als international erfolgreicher, innovativer Qualitätsversicherer. Ende 2016 leitete der Konzern mit dem Verkauf der ARAG Lebensversicherungs-AG seine strategische Neuausrichtung ein, mit einem klaren Fokus auf das Sach- und Krankenversicherungsgeschäft. Der Verkauf steht unter dem Genehmigungsvorbehalt der BaFin. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen dabei auch gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Der ARAG Konzern ist heute in insgesamt 17 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren 14 europäischen Märkten sowie in den USA und seit 2016 auch in Kanada. Mit seinen mehr als 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwirtschaftet der Konzern ein Umsatz- und Beitragsvolumen von rund 1,8 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die strategische Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Die anderen ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften sind für die operative Führung ihres Geschäftsbereichs verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz gestaltet die ARAG ihre Märkte mit innovativen Produkten und Services national und international maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist seit einigen Jahren das größte Konzerngeschäftsfeld. Dabei liefern die internationalen Einheiten wertvolle Wachstumsimpulse für den Konzern. Parallel verfolgt die ARAG SE auch auf ihrem deutschen Heimatmarkt einen klaren Erfolgskurs und erzielt dort steigende Rechtsschutzbeiträge.

Kompositversicherungen

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als attraktiver Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen, die zahlreiche hervorragende Platzierungen bei unabhängigen Leistungsvergleichen erzielen. Mit mehr als 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

Personenversicherungen

Mit einer breiten Palette an leistungsstarken Produkten unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als attraktiver Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge bietet der ARAG Stammvertrieb zur Abrundung seines Angebots den Kunden erfolgreich die Produkte des Kooperationspartners Alte Leipziger an.

Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-AG

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Interlloyd versteht sich als verlässlicher Maklerspezialist im Kompositbereich. Langfristige und partnerschaftliche Maklerverbindungen und eine überdurchschnittliche Servicebereitschaft im Innen- und Außendienst stehen für die Gesellschaft im Mittelpunkt. Das konsequente Ausrichten von Produktentwicklung und Vertriebsaktivitäten an den Bedürfnissen der Makler und Kunden sowie die professionelle und serviceorientierte Antrags- und Schadenbearbeitung sind ein wesentlicher Baustein zum erreichten Erfolg. Die Gesellschaft bietet modularen Deckungsschutzaufbau für die privaten Sparten Unfall, Hausrat, Wohngebäude und Haftpflicht sowie für das individuelle qualifizierte Firmenkundengeschäft.

Neben den tariflichen Deckungskonzepten versteht sich die Gesellschaft als Problemlöser und bietet bedarfsgerechte Individuallösungen. Insbesondere für kleine und mittlere Gewerbetreibende bietet die Interlloyd durch ein im Underwriting aufgestelltes Spezialistenteam gestalterisch flexible Konzepte und Lösungen. Innovative Produktergänzungen, wie beispielsweise das Forderungsmanagement, runden das Produktportfolio ab. Hohe Servicelevels sowie das breite Produktspektrum unterstützen die langfristigen Maklerverbindungen und führen zu einem nachhaltigen Bestandswachstum.

Kunden, Maklerservice und Mitarbeiter

Kundenverständnis, serviceorientiertes und flexibles Handeln sowie die Zufriedenheit der Partner im Maklervertrieb sind der Schlüssel für die erfolgreiche Geschäftsentwicklung der Interlloyd. Die Aufbau- und Ablauforganisation der kundennahen Bereiche in der Schadenbearbeitung, in der Kundenbetreuung und in den dezentralen Vertriebsseinheiten ist gezielt darauf ausgerichtet, den Maklern zuverlässige und flexible Betreuung zu gewährleisten.

Die Interlloyd greift zur zielgerichteten Qualifizierung und Entwicklung ihrer Mitarbeiter auf das breite Spektrum an Personalentwicklungsangeboten des ARAG Konzerns zurück. Durch Funktionsausgliederung und Dienstleistungsverbindungen in einzelnen Bereichen des Unternehmens (zum Beispiel Rechnungswesen, Asset-Management, Risikomanagement, Zentrale Dienste) profitiert die Interlloyd vom Know-how des ARAG Konzerns.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Gesellschaft erstreckt sich auf die Länder Deutschland und Spanien. Das Geschäft in Spanien wird durch eine im Geschäftsjahr 2014 neu gegründete Niederlassung betrieben. Neben dem deutschen Hauptsitz in Düsseldorf hat die Interlloyd eine Vertriebsaußenstelle in Hamburg.

Versicherungsbestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungsverträgen betrug am Ende des Geschäftsjahres 397.961 Stück (Vj. 386.654 Stück), wobei davon 391.378 Stück (Vj. 378.984 Stück) auf das nationale Geschäft und 6.583 Stück (Vj. 7.670 Stück) auf die spanische Niederlassung entfielen.

Produkte und Produktentwicklung

Im Geschäftsjahr 2016 stand erneut die Steigerung der Bestandsrentabilität im Vordergrund. Die Bestandsüberprüfung der Sparte Wohngebäudeversicherung wurde fortgeführt. Um auf die Entwicklung des Wohngebäudeversicherungsmarkts zu reagieren, wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein neues Wohngebäudeprodukt für den privaten Endverbraucher entwickelt, welches im Frühjahr 2016 eingeführt wurde.

Das neue Wohngebäudeprodukt beinhaltet vier Tarifvarianten. Für den service- und leistungsorientierten Kunden bietet die Interlloyd die Premiumvariante „Infinitus“ an. Als einer von wenigen Versicherern im Markt bietet die Gesellschaft für das versicherte Wohngebäude eine unbegrenzte Versicherungssumme an. Umfangreiche neue Leistungen, wie unter anderem der Verzicht auf Kürzung bei Obliegenheitsverletzungen, sowie neue Kostendeckungen, wie beispielsweise Zuschüsse bei Modernisierungsmaßnahmen oder behindertengerechte Umbauten nach einem Schadenfall, sind in der Leistungsvariante „Infinitus“ inkludiert. Erweiterte Service- und Rechtsschutzleistungen runden das Produktangebot ab. Eine optional hinzuwählbare „Allgefahrendeckung“ umfasst (bis auf wenige Ausnahmen) fast alle Schadenereignisse.

Die neue Tarifvariante „Classic“ richtet sich an preisorientierte Kunden. Die Grundabsicherung des Gebäudes wird in diesem Tarif zu einer attraktiven Prämiengestaltung angeboten.

In den bisherigen Produktvarianten „Protect“ und „Eurosecure“ wurden die Leistungen der Marktentwicklung angepasst. Sie werden zukünftig als erweitertes Konzept „Protect-Plus“ und „Eurosecure-Plus“ angeboten.

Die vier neuen Tarifvarianten bieten den Maklern somit insgesamt die Möglichkeit, den Versicherungsschutz ihrer Kunden noch bedarfsgerechter zu gestalten.

Des Weiteren wurde im Herbst 2016 mit dem „Interlloyd Alltagshelfer“ ein weiteres umfassendes Serviceprodukt eingeführt. Es handelt sich dabei um ein völlig neuartiges Produkt, welches die Leistungen des Unfall-Schutzbrieft auf weitere Situationen ausdehnt. Die aus dem Schutzbrief bekannten unfallbedingten Hilfs- und Pflegeleistungen erhält die versicherte Person auch dann, wenn sie aufgrund

- einer ambulanten Operation oder
- eines vollstationären Krankenhausaufenthalts oder
- bei Geburt eines Kindes oder
- im Todesfall eines Familienangehörigen

Serviceleistungen benötigt.

In der Premiumvariante „Interlloyd Alltagshelfer Plus“ erfolgt die Serviceleistung auch, wenn die versicherte Person länger als acht Tage arbeitsunfähig ist. Sofern ein gewerkschaftlich organisierter Streik Mehrkosten verursacht, werden diese bis zu 50 € am Tag erstattet, maximal bis zu 250 € im Jahr.

Betriebene Versicherungszweige und Versicherungsarten

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erstreckte sich im selbst abgeschlossenen Geschäft auf die nachstehenden Versicherungszweige und -arten:

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Übrige und nicht aufgegliederte Haftpflichtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

- Feuer-Industrie-Versicherung
- Sonstige Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl und Raub(ED)-Versicherung

Leitungswasser (Lw)-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen

- Elektronikversicherung
- Bauleistungsversicherung

Transportversicherung

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- beziehungsweise Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage (EC)-Versicherung)

Betriebsunterbrechungs-Versicherung

Beistandsleistungsversicherung

- Übrige und nicht aufgegliederte Beistandsleistungsversicherung

Sonstige Schadenversicherung

Die Interlloyd dankt allen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Vertriebspartnern für den geleisteten Einsatz und den Kunden für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft wächst momentan zwar nur verhalten, sie liegt aber im langjährigen Wachstumsratenvergleich nicht außergewöhnlich niedrig. Vielmehr scheint sich das Wachstum nach den extremen Zuwächsen und der damit verbundenen Überhitzung im Vorfeld der globalen Finanzkrise des Jahres 2008 wieder zu normalisieren.

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahresbeginn 2016, das unerwartete Ergebnis der Volksbefragung zum Brexit im Vereinigten Königreich im Sommer 2016 sowie der überraschende Ausgang des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes haben das Expansionstempo der Weltwirtschaft nicht nachhaltig gedämpft. Das Brexit-Votum und die geänderten politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten haben zwar vorübergehend zu einem Anstieg der Unsicherheit auf den Finanzmärkten geführt, doch die realwirtschaftlichen Effekte waren bisher begrenzt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten nahm weiter zu. Gleichzeitig stabilisierte sich die Lage in den Schwellenländern, woran vor allem die Festigung der Konjunktur in China einen Anteil hatte. In den rohstoffexportierenden Schwellenländern dürfte sich die Stabilisierung des Ölpreises positiv ausgewirkt haben.

Die Industrieländer befinden sich in einer konjunkturellen Erholungsphase. Die Unterauslastung auf den Produkt- und Arbeitsmärkten konnte in den meisten Industrieländern im ersten Halbjahr 2016 weiter verringert werden. Insbesondere im Euroraum und in Japan stieg die Wirtschaftsleistung schneller als das geschätzte Produktionspotenzial. Demgegenüber blieb in den Vereinigten Staaten das Wachstum im ersten Halbjahr 2016 etwas hinter den Erwartungen zurück. Insgesamt geht der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2016 von einem Zuwachs der Weltproduktion um 2,5 Prozent aus.

Im Euroraum hat sich die konjunkturelle Erholung im Jahresverlauf 2016 fortgesetzt. Seit nunmehr drei Jahren steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion kontinuierlich an. Die Beschäftigung hat in den zurückliegenden Jahren sichtbar zugenommen und die Arbeitslosenquote liegt mit einem Wert von 10,1 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2011. Getragen wird die konjunkturelle Erholung vor allem von der Binnennachfrage. Insbesondere die privaten Haushalte erhöhen beständig ihre Konsumnachfrage. Ebenso hat der Ölpreisverfall zum Anstieg der real verfügbaren Einkommen beigetragen. Darüber hinaus hatte die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) einen maßgeblichen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum. Der Anteil der Staatsanleihen mit mittel- bis langfristig negativen Renditen hat deutlich zugenommen. Aufkaufprogramme für Staatsanleihen und andere Wertpapiere wurden in den beiden vergangenen Jahren massiv ausgeweitet. Die geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen schlugen sich in einer Abwertung des Euro und starken Anstiegen bei den Aktien-, Immobilien- und anderen Vermögenspreisen nieder.

Auch die deutsche Wirtschaft wuchs in 2016 deutlich. Der Sachverständigenrat prognostizierte eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,9 Prozent. Die verbesserte Konsumentenstimmung spiegelt die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. So wird die Erwerbstätigenzahl in diesem Jahr voraussichtlich erneut um gut 500.000 auf nunmehr 43,6 Millionen Erwerbstätige ansteigen. Die Effektivlöhne steigen ebenfalls, wenn

auch mit einem niedrigeren Tempo als in den Vorjahren. In diesem Jahr wurden die Einkommen der privaten Haushalte zudem durch eine Anhebung des Grund- und des Kinderfreibetrags sowie einer teilweisen Rückgabe der kalten Progression steuerlich entlastet. Laut dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) wird der Zuwachs der nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in 2016 bei 2,7 Prozent liegen. Die Inflationsquote lag mit hochgerechnet etwa 0,3 Prozent ungefähr auf Vorjahresniveau. Angesichts dieser niedrigen Preissteigerungsraten gewannen die deutschen Haushalte erneut deutlich an Kaufkraft. Im Umfeld der niedrigen Zinsen wurde der private Konsum weiterhin auch durch eine vergleichsweise geringe Sparneigung gestützt. Die Sparquote der privaten Haushalte wird sich in diesem Jahr zwar wieder leicht erhöhen, jedoch fällt der Zuwachs seit dem Jahr 2013 mit einem Plus von 0,8 Prozentpunkten auf nun 9,8 Prozent des verfügbaren Einkommens moderat aus. Insgesamt rechnete der GDV für 2016 mit einem preisbereinigten Anstieg der privaten Konsumausgaben um 2,0 Prozent.

Bedingt durch die neuerlich niedrige Inflationsrate im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es auf den Kapitalmärkten nach dem starken Anstieg im Sommer wieder zu einem Rückgang der Kapitalmarktzinsen (Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit über neun bis zehn Jahre) auf ein jahresdurchschnittliches Niveau von etwa 0,2 Prozent. Die Aktienbewertungen profitierten von diesen günstigen Rahmenbedingungen. Während der Euro Stoxx 50 mit 0,1 Prozent lediglich leicht zulegte, stieg der deutsche Aktienindex DAX mit einem Plus von 6,9 Prozent auf einen Stand von 11.481 Punkte zum Jahresende an.

Für die gesamte Versicherungswirtschaft ergaben die letzten Prognosen des GDV ein stabiles und nahezu unverändertes Beitragsaufkommen gegenüber 2015, das aber keine nennenswerte Beitragssteigerung verzeichnete. Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft erhöhten sich dagegen um hochgerechnete 2,8 Prozent. Ursächlich hierfür waren unter anderem steigende Versicherungssummen und teilweise Deckungserweiterungen in den Sachversicherungen. Im Versicherungszweig Rechtsschutz fiel das Beitragswachstum aufgrund von Beitragsanpassungsmöglichkeiten im Zuge der Kostensteigerungen durch das Zweite Kostenrechtsmodernisierungsgesetz mit rund 5,0 Prozent sogar noch etwas kräftiger aus. In der Krankenversicherung verzeichnete die Branche ein Beitragswachstum von etwa 1,8 Prozent. Die Lebensversicherungsbranche bewegte sich weiter in einem schwierigen Umfeld. Sie sieht sich der erschwerten Herausforderung gegenüber, in der anhaltenden Niedrigzinsphase weiterhin die Garantieverzinsung zu erwirtschaften. Laut GDV wird dieser Versicherungszweig einen voraussichtlichen Rückgang um 2,8 Prozent verzeichnen.

Nachdem die Sachversicherungsbranche bereits in 2015 mit dem Sturmtief Niklas deutlich unter einem großen Unwetterereignis gelitten hatte, wurde auch das abgelaufene Geschäftsjahr durch teilweise regionale Starkregenereignisse belastet. Nach Einschätzungen des GDV verursachten diese Extremwetterereignisse von Ende Mai bis Anfang Juni 2016 einen Schadenaufwand von 1,2 Milliarden € und übertrafen damit unter anderem das Sturmtief Ela aus 2014 deutlich. Da die Sachversicherer im Jahr 2016 von weiteren maßgeblichen Sturm- beziehungsweise Hagelereignissen verschont geblieben sind, kann hier dennoch von einem leicht unterdurchschnittlichen Naturgefahrenjahr ausgegangen werden. In der Rechtsschutzversicherung verursachte laut dem GDV ein signifi-

kanter Anstieg der Schadenstücke einen weiteren Anstieg des Schadenaufwands, sodass auch in 2016 die Combined Ratio in diesem Versicherungszweig bei etwa 100 Prozent liegen dürfte. Insgesamt erwartete der GDV für das selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft eine Stagnation der Combined Ratio bei 97,0 Prozent.

Geschäftsverlauf

Die Interlloyd konnte erneut ein deutlich über dem Marktdurchschnitt liegendes Beitragswachstum erzielen und somit den Expansionskurs der vergangenen Jahre fortsetzen. Trotz eines wettbewerbsintensiven Versicherungsmarkts und teilweise schwierigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lag der Prämienanstieg bei sehr guten 4,6 Prozent. Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 59,9 Millionen € (Vj. 57,3 Millionen €).

Wie bereits zuvor in den gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen beschrieben, wurde der Schadenaufwand des abgelaufenen Geschäftsjahres in der Versicherungsbranche unter anderem durch Starkregenereignisse signifikant belastet. Die Interlloyd dagegen blieb in 2016 von diesen teilweise eher regionalen Extremwetterphänomenen weitestgehend unbeeinflusst. Dies führte zu einem Rückgang der Schadenmeldungen in der Sparte der Verbundenen Wohngebäudeversicherung um circa 1.800 Fälle. Über alle Versicherungszweige gingen die gemeldeten Geschäftsjahresschäden gegenüber dem Vorjahr um mehr als 12 Prozent zurück. Zusätzlich führte eine positive Entwicklung der gemeldeten Geschäftsjahres-Großschäden zu einer weiteren Entlastung des Bruttoschadenaufwands. Gegenüber dem Vorjahr profitierte insbesondere der Versicherungszweig der Feuerversicherung von einer geringeren Anzahl von Großschadenmeldungen für Geschäftsjahresschäden, sodass der Bruttoschadenaufwand allein durch Großschäden in Summe um etwa 1,5 Millionen € zurückging. Insgesamt reduzierte sich der Bruttoschadenaufwand um circa 2,6 Millionen €. Die Bruttoschadenquote sank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 6,9 Prozentpunkte auf 50,1 Prozent.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb stiegen im vergangenen Jahr vorrangig durch den Zuwachs der Prämieinnahmen und dem damit verbundenen Provisionsmehraufwand. Gegenläufig wirkte die Änderung des Abzinsungssatzes im Rahmen der Berechnung für Altersversorgungsverpflichtungen, wonach gegenwärtig ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre herangezogen wird, nachdem dieser in der Vergangenheit lediglich aus den letzten sieben Geschäftsjahren errechnet wurde. Durch diese Umstellung wurden die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb einmalig entlastet. In Summe reduzierte sich die Bruttokostenquote auf 39,7 Prozent (Vj. 40,4 Prozent).

Die Schadenkostenquote brutto ging auf 89,8 Prozent (Vj. 97,4 Prozent) zurück und konnte somit erneut deutlich unter 100 Prozent abschließen.

Die Ausläufer der Finanz- und Schuldenkrise belasteten das versicherungstechnische Ergebnis der Interlloyd nicht messbar. Die in diesem Zusammenhang als besonders schadenträchtig zu beurteilenden Versicherungszweige, wie beispielsweise die Kreditversicherung, wurden in 2016 nicht betrieben.

Das Kapitalanlageergebnis der Gesellschaft schloss mit 1,3 Millionen € um 0,1 Millionen € über dem Wert des Vorjahres. Dabei profitierte das Kapitalanlageergebnis von Zuschreibungen sowie ausbleibenden Abschreibungen auf Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Ertragslage

Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen sind im zu berichtenden Geschäftsjahr 2016 von 57,3 Millionen € um 4,6 Prozent auf 59,9 Millionen € gestiegen. Nach Abzug der Rückversicherungsabgaben und Veränderung der Beitragsüberträge verblieben verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 28,8 Millionen € (Vj. 27,6 Millionen €).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle haben 50,1 Prozent (Vj. 57,0 Prozent) und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb 39,7 Prozent (Vj. 40,4 Prozent) der verdienten Bruttobeiträge erfordert. Die Vergleichszahlen – bezogen auf die verdienten Nettobeiträge – betragen bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle 52,1 Prozent (Vj. 55,5 Prozent) und bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb 41,2 Prozent (Vj. 41,9 Prozent).

Maßgeblichen Einfluss auf die Schadenquote hatte vor allem der Rückgang der gemeldeten Geschäftsjahresschäden in den Sachsparten. Insbesondere profitierte der Bruttoschadenaufwand in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung von der für die Gesellschaft günstigen Sturm- und Unwetterentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die bilanzielle Schadenquote vor Rückversicherung ging in dieser Sparte, zusätzlich bedingt durch gestiegene Prämieinnahmen, von 64,9 Prozent auf 58,7 Prozent zurück.

Das Volumen der passiven Rückversicherung ist im Geschäftsjahr 2016 von 29,5 Millionen € auf 30,9 Millionen € gestiegen. Von den abgegebenen Rückversicherungsbeiträgen entfielen rund 92 Prozent auf die ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, mit der ein Quotenrückversicherungsvertrag besteht. Diese Aktionärsquote betrug unverändert 50 Prozent. Die Rückversicherung profitierte von dem erfreulichen Bruttoschadenverlauf des vergangenen Geschäftsjahres. Dies belastete im Gegenzug das Ergebnis der Interlloyd mit 3,5 Millionen € (Vj. 0,2 Millionen €).

Das versicherungstechnische Ergebnis der Interlloyd war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut durch notwendig gewordene Veränderungen der Schwankungsrückstellung gekennzeichnet. Die Schadenkostenquote netto lag mit 93,2 Prozent (Vj. 97,4 Prozent) erneut unter 100 Prozent. Zuzüglich des sonstigen versicherungstechnischen Ergebnisses wurde vor Schwankungsrückstellung ein versicherungstechnischer Gewinn von 1,5 Millionen € (Vj. 0,3 Millionen €) erzielt. Nach Schwankungsrückstellung schloss die versicherungstechnische Gesamtrechnung mit einem Verlust von 0,7 Millionen € (Vj. 1,5 Millionen €) ab.

In der nichtversicherungstechnischen Rechnung belief sich das Kapitalanlageergebnis auf 1,3 Millionen € (Vj. 1,2 Millionen €) und das sonstige Ergebnis auf –0,7 Millionen € (Vj. –0,6 Millionen €). Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit betrug –0,1 Millionen € (Vj. –0,9 Millionen €).

Aufgrund des zum 1. Januar 1999 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG wurde ein Verlust in Höhe von 0,1 Millionen € (Vj. 0,9 Millionen €) von der Muttergesellschaft übernommen.

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungszweigen des selbst abgeschlossenen Geschäfts wird unter Angabe der wesentlichen Ergebnispositionen wie folgt erläutert:

Unfallversicherung: Die Beitragseinnahmen in der Allgemeinen Unfallversicherung betragen brutto 10.789 T€ (Vj. 10.820 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 5.330 T€ (Vj. 5.357 T€). Bei einem Schadenaufwand von 2.708 T€ (Vj. 2.576 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.140 T€ (Vj. 2.182 T€), jeweils für eigene Rechnung, wurde ein versicherungstechnischer Gewinn von 532 T€ (Vj. 651 T€) vor Schwankungsrückstellung erzielt. Nach einer Zuführung von 10 T€ (Vj. Entnahme 46 T€) zur Schwankungsrückstellung ergab sich ein Gewinn von 523 T€ (Vj. 697 T€).

Haftpflichtversicherung: In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stiegen die Bruttobeitragseinnahmen von 5.176 T€ auf 5.388 T€. Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 2.481 T€ (Vj. 2.360 T€). Bei einem Schadenaufwand von 861 T€ (Vj. 631 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 1.059 T€ (Vj. 1.022 T€), jeweils für eigene Rechnung, entstand ein versicherungstechnischer Gewinn von 564 T€ (Vj. 714 T€). Nach einer Entnahme von 776 T€ (Vj. 248 T€) aus der Schwankungsrückstellung war ein Gewinn von 1.340 T€ (Vj. 962 T€) auszuweisen.

Verbundene Hausratversicherung: Die gebuchten Bruttobeiträge betragen 15.980 T€ (Vj. 15.713 T€). Die nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge verbliebenen verdienten Beiträge für eigene Rechnung von 7.572 T€ (Vj. 7.436 T€) konnten, unter Berücksichtigung des sonstigen versicherungstechnischen Ergebnisses, den Schadenaufwand von 3.835 T€ (Vj. 4.318 T€) und die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.073 T€ (Vj. 3.109 T€) ausgleichen, sodass ein versicherungstechnischer Gewinn von 460 T€ (Vj. Verlust 195 T€) auszuweisen war. Nachdem 97 T€ der Schwankungsrückstellung entnommen wurden (Vj. Zuführung 163 T€), erhöhte sich der versicherungstechnische Gewinn auf 557 T€ (Vj. Verlust 358 T€).

Verbundene Wohngebäudeversicherung: Die Beitragseinnahmen betragen brutto 18.619 T€ (Vj. 17.225 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 8.684 T€ (Vj. 8.056 T€). Bei einem Schadenaufwand von 4.942 T€ (Vj. 5.360 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.611 T€ (Vj. 3.423 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Verlust von 95 T€ (Vj. 932 T€) zu verzeichnen. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 2.753 T€ (Vj. 1.882 T€) ergab sich ein Verlust in Höhe von 2.848 T€ (Vj. 2.815 T€).

Übrige Versicherungen: Bei den übrigen betriebenen Versicherungszweigen überwogen die Bruttobeitragseinnahmen aus der Feuerversicherung mit 2.051 T€ (Vj. 1.895 T€), der Einbruchdiebstahlversicherung mit 1.413 T€ (Vj. 1.344 T€) und der Glasversicherung mit 1.377 T€ (Vj. 1.315 T€). Ferner sind in den übrigen Versicherungen die Technische Versicherung mit 962 T€ (Vj. 775 T€), die Leitungswasserversicherung mit 765 T€ (Vj. 710 T€), die Sturmversicherung mit 373 T€ (Vj. 349 T€) sowie die sonstigen Versicherungen enthalten. Für diese Sparten entstanden verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 4.741 T€ (Vj. 4.392 T€). Bei einem Schadenaufwand von 2.655 T€ (Vj. 2.441 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 1.979 T€ (Vj. 1.820 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Gewinn von 32 T€ (Vj. 55 T€) zu verzeichnen. Nach Zuführung von 322 T€ (Vj. 14 T€) zur Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust von 290 T€ (Vj. Gewinn 41 T€).

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Kapitalflussrechnung

(in Euro)	2016	2015
Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis	- 114.598	- 877.463
Zunahme (+)/Abnahme (-) der versicherungstechnischen Rückstellungen - netto	3.625.463	3.812.483
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Depot- und Abrechnungsforderungen	678.567	741.198
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Depot- und Abrechnungsverbindlichkeiten	117.481	16.279
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	24.558	41.361
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	- 301.515	3.560.836
Zunahme (-)/Abnahme (+) der sonstigen Forderungen	- 1.394.944	- 317.499
Zunahme (+)/Abnahme (-) der sonstigen Verbindlichkeiten	- 992.770	- 1.699.950
Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 2.562.023	- 3.111.041
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	31.067	160.344
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	0	0
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0	0
Ertragsteueraufwand/-ertrag	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Ertragsteuerzahlungen	0	10.000
Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	- 888.712	2.336.548
Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	0	0
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	0	- 409.804
Einzahlungen aus dem Abgang von Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	0	0
Auszahlungen für Investitionen in Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit	0	- 409.804
Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	1.250.000
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Gezahlte Dividenden	877.463	- 2.789.505
Einzahlungen (+)/Auszahlungen (-) aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	0
Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit	877.463	- 1.539.505
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	- 11.250	387.239
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	626.165	238.926
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	614.915	626.165

Der Zahlungsmittelbestand umfasst nur die Banksalden und den Kassenbestand; Zahlungsmitteläquivalente sind nicht enthalten.

Vermögenslage

Das Kapitalanlagevolumen ist im Geschäftsjahr 2016 um 5,7 Prozent auf 49,9 Millionen € gestiegen. Die Aufteilung der Kapitalanlagen nach Anlageklassen ergibt sich wie folgt:

Kapitalanlagestruktur

(in Millionen Euro)	2016		2015	
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	1,0	2,0%	1,0	2,1%
Aktien und Investmentanteile	11,5	23,1%	11,1	23,6%
Inhaberschuldverschreibungen	22,4	44,9%	14,1	29,8%
Namenschuldverschreibungen	6,0	12,0%	8,0	16,9%
Schuldscheinforderungen, Darlehen	9,0	18,0%	8,0	17,0%
Einlagen bei Kreditinstituten	0,0	0,0%	5,0	10,6%
	49,9	100,0%	47,2	100,0%

Innerhalb der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere werden Anteile an einem gemischten Spezialfonds, zwei Aktienfonds und einem Rentenfonds ausgewiesen, die gemäß § 341 b Handelsgesetzbuch (HGB) dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aufgrund eingetretener Wertaufholungen wurden Zuschreibungen in Höhe von 94 T€ (Vj. 0,00 €) vorgenommen. Abschreibungen für voraussichtlich dauernde Wertminderungen waren nicht notwendig (Vj. 120 T€). Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden bei den Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren keine Abschreibungen vermieden (Vj. 30 T€). Zum Bilanzstichtag sind Investmentanteile mit einem Buchwert von 11,5 Millionen € dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt 12,1 Millionen €.

Innerhalb der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere werden unter anderem 17 Titel ausgewiesen, die gemäß § 341 b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Zuschreibungen aufgrund eingetretener Wertaufholungen sowie Abschreibungen für voraussichtlich dauernde Wertminderungen auf diese Papiere wurden wie im Vorjahr nicht vorgenommen. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden bei den Inhaberschuldverschreibungen Abschreibungen von 3 T€ (Vj. 0,00 €) vermieden. Zum Bilanzstichtag beträgt der Buchwert dieser Positionen 2,9 Millionen €, der Zeitwert beläuft sich auf 3,1 Millionen €.

Das Kapitalanlageergebnis hat sich um 0,1 Millionen € auf 1,3 Millionen € gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Nettoverzinsung beträgt 2,7 Prozent (Vj. 2,6 Prozent).

Kennzahlen zur Entwicklung der Gesellschaft über einen Zeitraum von drei Jahren sind im Überblick zu Beginn des Geschäftsberichts aufgeführt. Angaben zu den stillen Reserven der Kapitalanlagen werden im Anhang zur Bilanz dargestellt (Seite 46 und 47).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Leistung der Interlloyd-Produkte wurde auch 2016 in verschiedenen Ratings und Testberichten positiv bewertet: So wurden zahlreiche Produkte der Interlloyd unter anderem durch „[ascore] Das Scoring“, Morgen & Morgen und das Deutsche Institut für Servicequalität (DISQ) ausgezeichnet. Die Note „ausgezeichnet“ erhielt die Premium-Privat-Haftpflichtversicherung (Familie) von „[ascore] Das Scoring“. Die bestmögliche Auszeichnung „herausragend“ erzielten die Hausratversicherung Eurosecure Plus und die Wohngebäudeversicherung Eurosecure Plus.

Der TÜV Saarland bewertete die Schadenregulierung ein weiteres Mal mit einem „sehr gut“.

Testsieger in der Kategorie „Preis-/Vertragsleistung“ beim Rating des Deutschen Instituts für Servicequalität wurde die Hausratversicherung der Interlloyd. Den ersten Platz in den Kategorien „Vertragsleistung“ erreichten die Hausrat- und die Wohngebäudeversicherung.

Die Unfallversicherungen der Interlloyd wurden durch das Analysehaus Morgen & Morgen mehrfach hervorragend bewertet. Die Bestnote „ausgezeichnet“ erhielten dabei die Produkte Unfallversicherung Premium und Unfallversicherung Premium Plus.

III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, hat nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt, dass sie 100 Prozent der Aktien der Interlloyd Versicherungs-AG hält.

Die ARAG Holding SE, Düsseldorf, ist mittelbar über die ARAG SE, Düsseldorf, wiederum mit Mehrheit an der ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt. Damit ist die Interlloyd ein mittelbar im Mehrheitsbesitz der ARAG Holding SE stehendes und gemäß Artikel 9 Abs. 1 SE-Verordnung vom 10. November 2001 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 AktG abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG.

Zum 1. Januar 1999 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abgeschlossen, die im Geschäftsjahr einen Verlust in Höhe von 115 T€ (Vj. 877 T€) von der Interlloyd übernommen hat. Die Erstellung eines Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG konnte aufgrund des Abschlusses dieses Ergebnisabführungsvertrags mit dem beherrschenden Unternehmen nach § 316 AktG entfallen.

Im April 2005 erwarb die Interlloyd 100 Prozent der Anteile an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die VIF hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 216 T€ (Vj. 151 T€) erwirtschaftet und ist mit einem gezeichneten Kapital von 30 T€ ausgestattet. Die VIF ist ein abhängiges und im Mehrheitsbesitz der Interlloyd stehendes Unternehmen gemäß § 17 AktG.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen derzeit zahlreiche und wesentliche Risiken. Hierzu zählen neben den fortbestehenden geopolitischen Rahmenfaktoren insbesondere ein krisenhafter Anstieg der politischen Unsicherheit in Europa, das Wiederaufflammen der Eurokrise, eine unerwartete Eintrübung der Wirtschaftslage in China und mögliche Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten.

Die Konjunktur der Vereinigten Staaten dürfte nach der vorübergehenden Schwäche im ersten Halbjahr 2016 wieder stärker wachsen. In Japan und im Euroraum wird sich die Erholung voraussichtlich fortsetzen. Das Wachstumstempo kann sich verlangsamen, da die Effekte der Geldpolitik und die positiven Realeinkommenseffekte des Ölpreisverfalls auslaufen. Im Einklang mit den leicht ansteigenden Ölpreisen wird zudem die Inflation wieder zunehmen. Für China wird weiterhin kein abrupter Einbruch der Wirtschaftsleistung erwartet und in den übrigen Schwellenländern dürfte sich der begonnene Stabilisierungsprozess fortsetzen. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat eine Fortsetzung des moderaten Wachstums der Weltwirtschaft. Für 2017 prognostiziert er einen Zuwachs der Wirtschaftsleistung von etwa 2,8 Prozent.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den politischen Entwicklungen in Europa. Ein zentraler Punkt ist die ungeklärte politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Bislang hatte das Brexit-Votum keine schwerwiegenden realwirtschaftlichen Folgen. Dies deutet darauf hin, dass überwiegend eine Lösung erwartet wird, die den wirtschaftlichen Schaden begrenzt. Sollte sich keine Annäherung zwischen den politischen Standpunkten abzeichnen, ist mit erheblich stärkeren Effekten auf die Investitionen, den Handel und die Beschäftigung im Vereinigten Königreich zu rechnen. Die politischen Risiken in Europa sind jedoch nicht auf die Unsicherheit rund um den Brexit beschränkt. In vielen Mitgliedstaaten verzeichnen Parteien an den Rändern des politischen Spektrums einen hohen Zulauf. Dadurch wächst die Gefahr wachsender politischer Risiken. Einige Mitgliedstaaten weisen zudem instabile Regierungsverhältnisse auf. So stand Ende Dezember in Italien ein Referendum über eine Verfassungsreform zur Abstimmung, dessen politische Auswirkungen momentan nicht final absehbar sind. Der Euroraum ist zudem stark durch die ungelösten Probleme im Bankensektor beeinflusst, insbesondere aufgrund der geringen Kapitalisierung und der weiterhin hohen Bestände an notleidenden Krediten, beispielsweise in Italien und Portugal. Der Sachverständigenrat erwartet für 2017 im Euroraum insgesamt einen Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 1,4 Prozent.

In Deutschland dürfte sich der Aufschwung 2017 fortsetzen. Zwar ist zu erwarten, dass sich die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts auf 1,3 Prozent abschwächt. Davon lassen sich jedoch allein 0,4 Prozentpunkte des Wachstumsrückgangs auf eine geringere Anzahl an Arbeitstagen zurückführen. Ohne diesen Sondereffekt würde die deutsche Wirtschaft nahezu im gleichen Tempo expandieren wie im Jahr 2016. Es ist davon auszugehen, dass die Auslastung der Produktionskapazitäten weiter zunimmt. Die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dürfte maßgeblich zum Aufschwung

der deutschen Wirtschaft beitragen. Die EZB hat mit ihren unkonventionellen Maßnahmen bewirkt, dass sich das außenwirtschaftliche Umfeld für die deutsche Exportwirtschaft trotz der mäßigen Weltnachfrage seit Jahresmitte 2014 deutlich verbessert hat. Trotz der aktuell guten konjunkturellen Lage ist die deutsche Wirtschaft nicht autark von der Entwicklung des restlichen Euroraums. Ein spürbarer Abschwung des restlichen Euroraums und eine unvorhergesehene Aufwertung des Euro könnten dazu führen, dass sich der Produktionsanstieg merklich verlangsamt.

Der sich fortsetzende Aufschwung wird unter anderem durch eine spürbare Ausweitung der privaten Konsumausgaben und des Wohnungsbaus getragen. Hierin spiegelt sich die weiterhin gute Verfassung des Arbeitsmarkts wider, die sich in einer stetigen Zunahme der Beschäftigung manifestiert. Die Zahl der Beschäftigten dürfte im Jahr 2017 um gut 400.000 auf insgesamt 44,0 Millionen Erwerbstätige ansteigen. Dennoch wird eine große Herausforderung für die deutsche Wirtschaftspolitik darin liegen, die verbleibenden Arbeitslosen und eine wachsende Anzahl anerkannter Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für den Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass die verfügbaren Einkommen weiter zunehmen. Dies liegt an der erneut günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zudem trägt die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2016 zu einem deutlichen Anstieg der monetären Sozialleistungen im Jahr 2017 bei. Für das kommende Jahr ist daher mit einem Anstieg des privaten Verbrauchs von 1,3 Prozent zu rechnen. Zudem ist für 2017 eine höhere Inflationsrate zu erwarten. Zum einen werden höhere Energiepreise angenommen, zum anderen eine langsam steigende Kerninflationsrate aufgrund der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten. Für das kommende Jahr 2017 wird eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 1,6 Prozent erwartet.

Die Versicherungswirtschaft bleibt von diesen genannten Entwicklungen nicht unbeeinflusst. Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) berücksichtigt in seinen aktuellen Prognosen unter anderem, dass das makroökonomische Umfeld derzeit etwa durch die geopolitischen Risiken von einer erhöhten Unsicherheit geprägt ist. Eine abweichende konjunkturelle Entwicklung könnte damit auch Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung in der Versicherungswirtschaft mit sich bringen.

Herausforderungen für die Versicherer ergeben sich unverändert aus einer unverkennbaren Intensivierung des Wettbewerbs.

Weitere Handlungsfelder liegen ebenso wie in den Vorjahren in der zunehmenden Ausdifferenzierung der Kundengruppen sowie im demografischen Wandel der Gesellschaft. Zusätzlich sorgen teilweise tiefgreifende Veränderungen in der Produktlandschaft, wie beispielsweise die Unisextarife, oder auch die Pluralisierung der Vertriebsstrukturen für stetige Bewegungen auf den Versicherungsmärkten.

Klar an Bedeutung gewinnt darüber hinaus die Umsetzung des digitalen Wandels. Die Digitalisierung des Finanzsektors erhöht den Veränderungsdruck in der eher konservativen Versicherungsbranche. Es gilt, für den Verbraucher zusätzliche Vertriebs-, Service- und Kommunikationswege zu öffnen. Weitere Technologien wie die Telematik beginnen, zumindest in ausgewählten europäischen Märkten, einen Beitrag zur Neuausrichtung der Produkt- und Preispolitik zu leisten. Dabei greifen Entweder-oder-Konzepte zu kurz, weil es keinen reinen Onlinekunden gibt. Je nach Produkt, Zielgruppe und auch

Stimmungslage entscheidet sich der Verbraucher für ein digitales Angebot oder eben nicht. Letztlich geht es darum, dem Verbraucher einen leichten, barrierefreien Zugang zu Versicherungsleistungen anzubieten. Die bisherigen Ansätze haben allerdings häufig noch einen reaktiven Charakter. Dies ist jedoch die Voraussetzung, um dem grundlegend veränderten Kundenverhalten im digitalen Zeitalter gerecht zu werden. Onlinegeschäftsmodele werden damit nicht mehr länger besonders preissensitive Kunden ansprechen, sondern ein integraler, möglichst einfach zu handhabender Bestandteil des Leistungsspektrums einer jeden Versicherungsgesellschaft sein.

Risiken ergeben sich für einen Sachversicherer vor allem durch den immer wieder diskutierten Klimawandel der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Nicht zuletzt die Ereignisse aus dem Frühsommer 2016 zeigten erneut, dass das Thema Naturgefahren immer wichtiger wird. Unwetter und Starkregen verursachten beispielsweise in den Gemeinden Brunsbach und Simbach am Inn schwerste Zerstörungen. Dennoch hat sich die Politik bereits im Sommer 2015 gegen eine Pflichtversicherung im Elementarschadenbereich ausgesprochen. Stattdessen sollten unter anderem bundes- und landesweite Elementarschadenkampagnen durchgeführt und ein überregionales Naturgefahrenportal eingerichtet werden. Nachdem in Thüringen bereits im Juni 2015 eine derartige Kampagne gestartet war, waren in Nordrhein-Westfalen Planungen für eine dortige Durchführung in 2016 angelaufen. Eine Neuauflage der Kampagne zeichnete sich zudem in Niedersachsen ab. Zusätzlich hat der Deutsche Wetterdienst (DWD) und der GDV ein Starkregenprojekt begonnen, mit welchem sie wissenschaftliches Neuland betreten. Erstmals wird erforscht, wo Starkregen genau auftritt und welche Schäden er dabei anrichtet. Mit dem Projekt erforschen DWD und GDV die Überschwemmungsrisiken durch Starkregen. Ziel ist eine deutschlandweite Gefahrenkarte, die für jede Region das lokale Risiko und die kritischen Niederschlagsmengen erkennen lässt – ein bisher einzigartiges Vorhaben. Auf dieser Grundlage kann risikogerechter Versicherungsschutz für Überschwemmung durch Starkregen kalkuliert werden. Das auf drei bis vier Jahre angelegte Projekt wird von einem interdisziplinären Team aus Meteorologen, Hydrologen, Mathematikern und Versicherungskaufleuten gesteuert. Darüber hinaus will die Bundesregierung mit einem Klimaschutzplan den Treibhausgasausstoß in Deutschland ab 2050 auf null senken. Die Versicherungswirtschaft hat ihre Expertise in die Strategiefindung eingebracht. Fachleute der Versicherungswirtschaft arbeiten auch an neuen Bauvorschriften für Deutschland und Europa mit.

In der deutschen Versicherungswirtschaft werden die Vertriebsaktivitäten unverändert durch eine gewisse Marktsättigung erschwert. Chancen für weiteres Prämienwachstum und für einen zusätzlichen Bestandszubau ergeben sich zu großen Teilen lediglich durch einen Anbieterwechsel. Dieser Trend wird auch zukünftig beobachtbar bleiben. Infolgedessen wird aller Voraussicht nach das Beitragswachstum in der Versicherungswirtschaft eher moderat ausfallen. Für den deutschen Markt geht der GDV in 2017 von einem Wachstum von bis zu 1,0 Prozent aus. Unter der Voraussetzung, dass es nicht zu einer unvorhergesehenen Eintrübung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds kommt, wird in der Schaden- und Unfallversicherung für das kommende Geschäftsjahr mit einem Prämienplus von etwa 2,1 Prozent gerechnet. Für die Rechtsschutzversicherung erwartet

der GDV, bedingt durch Beitragsanpassungsmöglichkeiten, einen Anstieg der Prämien um 4,5 Prozent. In der Allgemeinen Unfallversicherung besteht wie in den Vorjahren die Möglichkeit, dass die Impulse aus der Dynamik den andauernden Bestandsabrieb kompensieren. Im Ergebnis führt dies zu einem leichten Beitragswachstum in diesem Versicherungszweig in Höhe von voraussichtlich 0,5 Prozent.

Die Interlloyd sieht sich in diesem Umfeld für das Jahr 2017 gut aufgestellt. Chancen zur Ausweitung des Geschäftsvolumens ergeben sich weiterhin insbesondere aus dem modularen Deckungsschutzaufbau in den Versicherungszweigen der privaten Unfall-, Haftpflicht-, Wohngebäude- und Hausratversicherung sowie aus dem individuellen Firmenkundengeschäft. Darüber hinaus führt die eindeutige Positionierung als „Maklerorientierte Versicherungsgesellschaft“ zu Wettbewerbsvorteilen. Schnelle Entscheidungswege machen die Gesellschaft für jeden Makler zu einem äußerst interessanten Partner. Die Gesellschaft wird die erfolgreiche und konsequente Ausrichtung an den Kundenbedürfnissen und Marktentwicklungen weiter fortsetzen. Gerade im Maklerumfeld ist es strategisch von entscheidender Bedeutung, sowohl individuelle, flexible Lösungen und Konzepte zur Risikoabsicherung als auch kurze Zugangswege sowie eine einfache und schnelle Abwicklung in Vertragsfragen und Schadenfällen zu bieten.

Die Interlloyd strebt für die kommenden drei Jahre mit einem durchschnittlichen Plus von etwa 4 Prozent ein weiterhin über dem Marktdurchschnitt liegendes Beitragswachstum an. Im Vergleich zur letztjährigen Prognose konnte die Interlloyd ihr Beitragsziel in 2016 nahezu vollständig erreichen.

Auf dem Kapitalmarkt weisen risikoarme Papiere, wie beispielsweise deutsche Pfandbriefe, weiterhin nur eine sehr geringe Verzinsung auf. Die große Nachfrage nach sicheren beziehungsweise besicherten Rentenpapieren, deutschen Staatsanleihen und Pfandbriefen lassen die Renditen weiter niedrig ausfallen. Das geringe Zinsniveau erschwert die Neu- und Wiederanlage der Kapitalanlagen. Infolgedessen stellt das Erwirtschaften einer im Wettbewerb attraktiven, nachhaltigen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen bereits seit einiger Zeit eine Herausforderung dar. Es ist davon auszugehen, dass dieser Umstand zumindest kurzfristig weiter Bestand haben wird. In Anbetracht dieser Vorgaben ist eine Prognose der Kapitalmarktentwicklung derzeit mit hohen Unsicherheiten behaftet. Im Rahmen der strategischen Planung geht die Interlloyd daher, basierend auf ihrer konservativen Anlagepolitik, von Kapitalanlageergebnissen aus, die mit denen der bereits vergangenen schwierigen Jahre vergleichbar sind.

Als Ergebnis vor Steuern und vor einer eventuellen Zuführung zur oder Entnahme aus der Schwankungsrückstellung ist in den kommenden drei Jahren mit jeweils ausgeglichenen und damit leicht unter Vorjahresniveau liegenden Ergebnissen zu rechnen. Kennzahlen zur finanziellen Stabilität, wie beispielsweise eine Ausstattung an Garantiemitteln (Eigenkapital zuzüglich der versicherungstechnischen Rückstellungen) bezogen auf die Bilanzsumme von über 85 Prozent im kommenden Geschäftsjahr, unterstreichen als wichtiges Maß für Sicherheit und Stabilität die solide Kapitalausstattung der Gesellschaft. Unter Berücksichtigung der im Moment vorliegenden Chancen und Risiken wird für das Jahr 2017 eine stabile Geschäftsentwicklung erwartet.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Als Versicherungsunternehmen ist die Übernahme von Risiken das Kerngeschäft der Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass bei der Umsetzung der strategischen Geschäftsziele naturgemäß Risiken eingegangen werden müssen, um den gewünschten Unternehmenserfolg zu erreichen. Für den Umgang mit diesen Risiken ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet, dessen zentraler Bestandteil der operative Risikomanagementprozess ist. Unter anderem mithilfe einer Risikostrategie, eines Limitsystems und eines Prozesses zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) wird gewährleistet, dass das Risikomanagement zur Kontrolle der Geschäftstätigkeit im Rahmen der vorgegebenen Risikotragfähigkeit stattfindet.

Basierend auf der Geschäftsstrategie legt der Vorstand die Risikostrategie fest und definiert die Anforderungen an die Kapitalausstattung und die Limite der Gesellschaft. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Der Aufsichtsrat berät hierüber und lässt sich regelmäßig über die Risikosituation berichten.

Zur Umsetzung der Risikostrategie hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem implementiert, welches von der an die ARAG SE ausgegliederten Risikomanagementfunktion in Form der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement verantwortet wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortungen getrennt und erfüllt somit die Aufgaben einer unabhängigen Risikocontrollingfunktion. Innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer der ARAG SE verantwortlich für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems. Das Konzern Risikomanagement trägt die Prozessverantwortung für das Risikomanagementsystem und sorgt durch einen quartalsweisen Risikobericht an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung. Darüber hinaus ist das Konzern Risikomanagement für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und für die Erarbeitung von Vorschlägen konzernweit einheitlicher Standards verantwortlich. Zudem obliegt der Hauptabteilung die Entwicklung von Modellen zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit, der Solvabilitätskapitalanforderungen und der Solvabilitätskapitalallokation.

Die Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den operativen Einheiten getroffen. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen, wie der Mitglieder des Vorstands, der Führungskräfte, der dezentralen und zentralen Risikocontroller und -manager, sind in der Risikomanagementleitlinie des ARAG Konzerns klar definiert und dokumentiert.

Kernelement des Risikomanagementsystems ist der Risikomanagementprozess, bestehend aus der Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung sowie Risikoüberwachung und -berichterstattung.

Risikoidentifikation Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in einem entsprechenden Neu-Produkt-Prozess bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. Entsprechende Prozesse sind auch für neue Kapitalanlageprodukte und Rückversicherungsinstrumente implementiert. Ferner werden sie in die bestehenden Limit- und Überwachungsprozesse integriert.

Risikoanalyse Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren untersucht, welche den Wert der relevanten Positionen in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden im Rahmen der Validierung regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Risikobewertung Alle identifizierten Risiken werden mithilfe geeigneter Methoden und auf Grundlage systematisch erhobener und fortlaufend aktualisierter Daten kontinuierlich quantifiziert. Hierbei wird auch geprüft, ob das Risikoprofil innerhalb der festgelegten Limite liegt.

Zentrales Element ist hierbei die für alle quantifizierten Verlustrisiken ermittelte Solvabilitätskapitalanforderung (Value-at-Risk) zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Die Berechnung erfolgt dabei im internen Partialmodell. Dieses berechnet den maximalen Wertverlust von Risikopositionen, die im Modell abgedeckt sind, innerhalb einer bestimmten Haltedauer (im Modell ein Jahr) und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (im Modell 99,5 Prozent). Der Wertverlust kann dabei aufgrund ungünstiger Entwicklungen auf der Kapitalanlagenseite oder aufgrund unerwarteter Entwicklungen im Versicherungsgeschäft entstehen. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stress-test unterzogen.

Risikosteuerung Die Gesellschaft verfolgt den Ansatz, dass Risiken dort gesteuert werden, wo sie entstehen. Die operative Steuerung der Risiken wird somit von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen. Die Risikosteuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation bezogen auf die identifizierten und analysierten Risiken.

Risikoüberwachung und -berichterstattung Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Basierend auf der aggregierten Solvabilitätskapitalanforderung und den zur Verfügung stehenden anrechenbaren Eigenmitteln erfolgt die Ermittlung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung berücksichtigt. Die tatsächliche Limitauslastung wird durch Abgleich der eingegangenen Einzelrisiken und des aggregierten Risikos mit den vorgegebenen Limiten ermittelt.

Zur Ermittlung der jeweiligen Limitvorgaben wird ausgehend von der geschäftspolitischen Mindestbedeckungsquote und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln ermittelt, wie hoch die Solvabilitätskapitalanforderung für die Gesellschaft maximal sein darf. Der Vorstand legt ein Gesamtlimit passend zu seiner Risikotoleranz fest. Dieses Gesamtlimit wird anschließend auf die Risiken verteilt.

Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich, zeitnah und uneingeschränkt Bericht erstattet.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstige Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Das ISKS basiert auf den von der Geschäftsleitung eingeführten Grundsätzen, Funktionen, Verfahren, Maßnahmen, Richtlinien sowie gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die die operative Umsetzung von Entscheidungen der Geschäftsleitung gewährleisten.

Die ARAG folgt bei der Ausgestaltung des Internen Steuerungs- und Kontrollsystems dem „Three Lines of Defence“-Modell.

Die First Line of Defence wird gebildet von allen Mitarbeitern und Führungskräften der operativen Funktionen. Diese sind unmittelbar verantwortlich für die Risiken und Prozesse ihres Bereichs.

In der Second Line of Defence erfolgt die Überwachung der First Line of Defence durch die Querschnittsfunktionen Konzerncontrolling, Konzern Risikomanagement, Recht/Compliance und die Versicherungsmathematische Funktion. Diese Funktionen geben Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vor.

In der Third Line of Defence nimmt die Konzernrevision die Revisionsfunktion für die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns wahr.

Interne Revision Die an die ARAG SE ausgegliederte Konzernrevision ist ein Instrument der Geschäftsleitung der Interlloyd Versicherungs-AG und dieser unmittelbar unterstellt sowie berichtspflichtig. Die Konzernrevision untersteht nur den Weisungen der Geschäftsleitung.

Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzernrevision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des Internen Steuerungs- und Kontrollsystems aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch, auch soweit diese auf andere Unternehmen ausgelagert wurden.

Die Geschäftsleitung gewährleistet die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Konzernrevision gegenüber den geprüften Einheiten in ihrer Aufgabenerledigung, insbesondere hinsichtlich von ihr vorgenommener Prüfungsplanungen, Prüfungshandlungen und Wertung von Prüfungsergebnissen.

Um ihre Funktionen und Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können, ist die Konzernrevision nicht in operative Prozesse eingebunden. Mitarbeiter der Konzernrevision dürfen nicht mit Aufgaben betraut werden, die mit der Unabhängigkeit der Konzernrevision innerhalb des ARAG Konzerns nicht in Einklang zu bringen sind. Revisionsfremde Aufgaben oder operative Tätigkeiten dürfen Mitarbeiter der Konzernrevision nicht ausüben. Die Konzernrevision selbst hat keine Weisungsbefugnis gegenüber Mitarbeitern außerhalb der Konzernrevision.

Versicherungstechnisches Risiko Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten an, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Diese Verluste ergeben sich aus Folgendem:

- Prämien-/Reserverisiko: Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung.
- Katastrophenrisiko: wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse.
- Stornorisiko: Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolizen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe einer Simulation werden die Verluste beziehungsweise nachteiligen Veränderungen der Verbindlichkeiten prognostiziert, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Der Wert des Risikos entspricht dem negativen Simulationsergebnis, wie es nur alle 200 Jahre erwartet wird (200-Jahres-Ereignis). Die Bewertung wird für jedes Risiko separat vorgenommen. Für das Prämien- beziehungsweise Reserverisiko werden die historischen Schäden auf Basis festgelegter Kriterien zu homogenen Risikogruppen zusammengefasst. Daraus werden 200.000 Simulationen für künftige unerwartete Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophenrisiko Verluste simuliert, welche aus Naturkatastrophen oder durch Menschen verursachte Großschäden entstehen können. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis außerplanmäßiger historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die stets ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.

Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2016	56,2	50,1	10,7
2015	63,7	57,0	12,6
2014	63,3	54,8	14,3
2013	68,4	59,1	14,9
2012	68,2	54,7	19,4
2011	70,6	54,3	21,3
2010	74,3	56,2	21,4
2009	75,6	58,3	20,4
2008	76,1	70,8	7,3
2007	86,5	79,6	10,0

Die Steuerung des versicherungstechnischen Risikos aus den Kompositversicherungen erfolgt auf operativer Ebene in Form von zeichnungs-, prämien- und rückversicherungs-politischen Maßnahmen.

Gegenparteiausfallrisiko Während das Gegenparteiausfallrisiko bei Kapitalanlagen im Rahmen des Marktrisikos berechnet wird, wird das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft separat betrachtet. Das Gegenparteiausfallrisiko gibt das Verlustrisiko wieder, welches sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der folgenden zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit der Standardformel. Das Risiko ist eine Aggregation aus den beiden Solvabilitätskapitalanforderungen für Forderungen gegenüber Rückversicherern und für Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern beziehungsweise -vermittlern. Diese Aggregation berücksichtigt vorgegebene Korrelationen.

Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten modelliert. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet. Aus dem Rückversicherungsgeschäft ergaben sich Abrechnungsverbindlichkeiten von 0,1 Millionen € (Vj. Abrechnungsforderungen von 0,7 Millionen €). Alle externen Rückversicherungsunternehmen, die Versicherungsgeschäft der Interlloyd Versicherungs-AG übernommen haben, verfügen über ein intern vorgegebenes Mindestrating.

Die Steuerung des Ausfallrisikos in Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen erfolgt nach den Vorgaben der Rückversicherungsstrategie, welche in regelmäßigen Abständen überprüft wird.

Für die Bewertung des Risikos aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler wird ein konstanter Faktor auf den Marktwert der relevanten Positionen in der Solvabilitätsübersicht angewandt. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 120 T€ (Vj. 123 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt bei 0,3 Prozent (Vj. 0,3 Prozent). Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden mit einem automatisierten Erinnerungs- und Mahnprozess gesteuert.

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts oder nachteiliger Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko ergibt sich direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Ein angemessener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozent würde den Zeitwert der Rententitel um 2,6 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Ein hypothetischer Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent würde zu einem Zeitwertverlust von 1,0 Millionen € führen.
- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve.
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen in der Höhe von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

AAA	30,5
AA	29,2
A	19,0
BBB	18,5
BB	1,8
B	1,0
CCC	0,0
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,0

Die Aufteilung der Rentenpapiere stellt sich wie folgt dar (Marktwerte): Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 32,4 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 42,5 Prozent auf öffentliche Anleihen und 25,1 Prozent auf Anleihen von Nicht-Finanzdienstleistungsunternehmen.

- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse.
- Konzentrationsrisiko: sämtliche mit Risiko behafteten Engagements mit einem Ausfallpotenzial, das umfangreich genug ist, um die Solvabilität und Finanzlage zu gefährden.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zur Steuerung der Risiken wird eine strategische Asset Allokation erstellt, mit welcher das Kapitalanlageportfolio unter den gewünschten Rendite-Risiko-Aspekten optimiert wird. Für das Portfolio wird der Grundsatz unternehmerischer Vorsicht angewandt und die damit verbundenen aufsichtsrechtlichen Vorgaben beachtet. Eine separate Begrenzung des Zinsrisikos wird durch ein Aktiv-Passiv-Management vorgenommen. Darüber hinaus werden innerhalb der Spezialfonds Derivate zur Absicherung von Zins- und Kursveränderungen eingesetzt. Investitionen in Hedge-Fonds sowie die Finanzierung von Investitionen unter Aufnahme von Fremdmitteln und die Veräußerung von Aktien, die nicht im Bestand gehalten werden (sogenannte Leerverkäufe), sind nicht erlaubt.

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko wieder, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Zur Deckung des Liquiditätsrisikos besteht keine aufsichtsrechtliche Solvabilitätsanforderung, so dass eine entsprechende Bewertung nicht vorgenommen wird. Stattdessen erfolgt die Bewertung in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird.

Um bei Bedarf die Liquidität des Anlagebestands anpassen zu können, erfolgt eine Einstufung jeder Bilanzposition in eine Liquiditätsklasse. Zur Sicherung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der fälligen Verbindlichkeiten des Unternehmens erfolgt der überwiegende Teil der Kapitalanlagen in der Liquiditätsklasse „Kurzfristig veräußerbar“.

Zur Steuerung der Liquidität wird die Liquiditätsplanung permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte.

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko wieder, welches sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken. Reputationsrisiken sowie Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der Solvabilitätskapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel.

Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt anhand der Schätzung von Brutto- und Nettowerten für jedes einzelne operationelle Risiko auf Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos und dessen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass ein operationelles Risiko innerhalb eines definierten Zeitraums eintritt. Die Skala ist für einen Zeitraum von einem Jahr kalibriert. Die Einschätzung der Auswirkung kann sowohl qualitativ als auch quantitativ vorgenommen werden. Bei einer quantitativen Einschätzung wird die Risikoklassifizierung direkt anhand einer Risikomatrix vorgenommen. Bei einer qualitativen Einschätzung ergibt sich die Auswirkung aus der Einordnung in die Risikomatrix anhand des Vergleichs mit den Klassengrenzen. Anhand dieser Risikomatrix ergibt sich eine Priorisierung der Risiken. Da die Bewertung der Risiken anhand von subjektiven Expertenschätzungen erfolgt, wird den verantwortlichen Mitarbeitern mit der Verlustereignisdatenbank ein zusätzliches Instrument zur Verfügung gestellt, welches sie bei der Wertermittlung unterstützt. Darin sind sämtliche eingetretenen Verlustereignisse aus der Vergangenheit und deren tatsächliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Steuerung der identifizierten Risiken werden auf operativer Ebene konkrete Maßnahmen vereinbart und durchgeführt.

Bestandsgefährdende Risiken Interne oder externe Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht. Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen für das Jahr 2017 erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Risikolage Seit dem 1. Januar 2016 gelten neue aufsichtsrechtliche Vorschriften zur Quantifizierung der Risikolage. Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach § 122 VAG ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die nach § 97 VAG berechneten Solvabilitätskapitalanforderungen deutlich. Weitere Angaben zur Bedeckungssituation können dem Bericht über Solvabilität und Finanzlage entnommen werden.

Jahresabschluss

Jahresabschluss	31
Jahresbilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	36
<hr/>	
Anhang	40
I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	40
II. Versicherungstechnische Angaben	44
III. Nichtversicherungstechnische Angaben	46
IV. Nachtragsbericht	49
V. Sonstige Angaben	49
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	51
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	52
<hr/>	
Organe der Gesellschaft	54
<hr/>	

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
 1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen
 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- III. Sonstige Kapitalanlagen
 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen
 4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine
 - d) Übrige Ausleihungen
 5. Einlagen bei Kreditinstituten
 6. Andere Kapitalanlagen
- IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 1. an Versicherungsnehmer
 2. an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 1.046,78 € (Vj. 753,46 €)
- II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 678.566,62 €)
- III. Sonstige Forderungen
davon an verbundene Unternehmen: 3.707.526,57 € (Vj. 3.083.874,67 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen und Vorräte
- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- III. Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
- II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

F. Aktive latente Steuern (Steuerabgrenzungsposten nach § 306 i.V.m. § 274 Abs. 2 HGB)

G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Summe der Aktiva

Die Deckungsrückstellung für Renten zur Allgemeinen Unfallversicherung beträgt zum 31. Dezember 2016 3.193.016,00 € und zur Allgemeinen Haftpflichtversicherung 119.461,00 €. Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. III. 1. der Passiva eingestellte

				2016	2015
				273.202,87	409.804,39
			0,00		0,00
		1.004.435,41			1.004.435,41
		0,00			0,00
		0,00			0,00
		0,00			0,00
			1.004.435,41		1.004.435,41
		11.537.829,81			11.135.645,56
		22.376.200,00			14.064.810,00
		0,00			0,00
	6.000.000,00				8.000.000,00
	9.006.418,34				8.006.418,34
	0,00				0,00
	0,00				0,00
		15.006.418,34			16.006.418,34
		0,00			5.000.000,00
		0,00			0,00
			48.920.448,15		46.206.873,90
			0,00		0,00
				49.924.883,56	47.211.309,31
		1.465.042,28			1.491.902,59
		208.219,04			205.916,76
			1.673.261,32		1.697.819,35
			0,00		678.566,62
			3.726.303,95		3.094.225,37
				5.399.565,27	5.470.611,34
			0,00		0,00
			614.915,39		626.164,95
			26.197,35		59,65
				641.112,74	626.224,60
			542.364,31		608.915,02
			0,00		0,00
				542.364,31	608.915,02
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				56.781.128,75	54.326.864,66

Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und g des HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Düsseldorf, den 2. Januar 2017

Die Verantwortliche Aktuarin
Kathrin Smeja, Dipl.-Mathematikerin

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Passiva

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen

- IV. Bilanzgewinn

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- II. Deckungsrückstellung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

- VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

C. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

E. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 133.760,12 € (Vj. 16.278,72 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 36.558,91 € (Vj. 1.013.494,75 €)
davon aus Steuern: 945.622,10 € (Vj. 928.240,68 €)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.544,39 € (Vj. 1.469,47 €)

F. Rechnungsabgrenzungsposten

G. Passive latente Steuern

Summe der Passiva

			2016	2015
		5.000.000,00		5.000.000,00
		1.852.771,59		1.852.771,59
	500.000,00			500.000,00
	40.000,00			40.000,00
		540.000,00		540.000,00
		0,00		0,00
			7.392.771,59	7.392.771,59
	13.383.669,73			12.955.641,18
	6.614.687,24			6.392.225,05
		6.768.982,49		6.563.416,13
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
	34.891.721,83			33.314.029,18
	18.140.309,34			17.780.881,45
		16.751.412,49		15.533.147,73
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
		18.558.011,00		16.346.378,00
	670.000,00			690.000,00
	334.966,50			344.965,50
		335.033,50		345.034,50
			42.413.439,48	38.787.976,36
		1.819.937,00		1.785.382,00
		10.000,00		10.000,00
		396.004,92		424.955,83
			2.225.941,92	2.220.337,83
			0,00	0,00
	2.467.476,83			2.634.196,73
	1.076.420,18			1.211.215,10
		3.543.897,01		3.845.411,83
		133.760,12		16.278,72
		1.071.318,63		2.064.088,33
			4.748.975,76	5.925.778,88
			0,00	0,00
			0,00	0,00
			56.781.128,75	54.326.864,66

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Selbst abgeschlossenes und übernommenes Geschäft

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung
a) Gebuchte Bruttobeiträge
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
a) Zahlungen für Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung
9. Zwischensumme
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung
Übertrag:

			2016	2015
	59.927.592,32			57.301.964,11
	-30.914.098,98			-29.529.780,19
		29.013.493,34		27.772.183,92
	-428.028,55			-416.352,87
	222.462,19			244.407,94
		-205.566,36		-171.944,93
			28.807.926,98	27.600.238,99
			38.546,00	48.534,00
			65.713,31	75.773,67
	28.256.376,04			29.772.306,08
	-14.474.509,04			-15.716.782,38
		13.781.867,00		14.055.523,70
	1.577.692,65			2.659.230,53
	-359.427,89			-1.388.853,88
		1.218.264,76		1.270.376,65
			15.000.131,76	15.325.900,35
			10.001,00	-5.000,50
			0,00	0,00
		23.600.299,19		22.989.484,49
		-11.739.414,33		-11.432.878,36
			11.860.884,86	11.556.606,13
			567.537,33	543.544,71
			1.493.633,34	293.494,97
			-2.211.633,00	-1.766.304,00
			-717.999,66	-1.472.809,03
			-717.999,66	-1.472.809,03

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Selbst abgeschlossenes Geschäft

(in Euro)

Übertrag:

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

- a) Erträge aus Beteiligungen
davon aus verbundenen Unternehmen: 151.000,00 € (Vj. 105.000,00 €)
- b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon aus verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
- c) Erträge aus Zuschreibungen
- d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- d) Aufwendungen aus Verlustübernahme

3. Technischer Zinsertrag

4. Sonstige Erträge

5. Sonstige Aufwendungen

6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

- 7. Außerordentliche Erträge
- 8. Außerordentliche Aufwendungen
- 9. Außerordentliches Ergebnis

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

11. Sonstige Steuern

12. Erträge aus Verlustübernahme

- 13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

14. Jahresüberschuss

- 15. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr
- 16. Entnahme aus der Kapitalrücklage
- 17. Entnahme aus Gewinnrücklagen
- 18. Entnahme aus Genusssrechtskapital
- 19. Einstellungen in Gewinnrücklagen
- 20. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals

21. Bilanzgewinn

Anhang

I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Die Interlloyd Versicherungs-AG, Düsseldorf, HRB 34575, hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), insbesondere der §§ 341 ff., und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8. November 1994 aufgestellt.

Dabei wurden für die Gliederung des Jahresabschlusses die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV entsprechend den §§ 266 und 275 HGB modifiziert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften der §§ 341 ff. HGB wurden berücksichtigt. Die zusätzlichen, nach § 342 Abs. 2 HGB als „Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung“ geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees (DRSC) für den Konzernabschluss wurden, soweit deren Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, weitestgehend angewendet.

Bei den erworbenen **immateriellen Vermögensgegenständen** handelt es sich um einen Geschäfts- und Firmenwert, welcher zu Anschaffungskosten aktiviert und linear entsprechend seiner voraussichtlichen Nutzungsdauer von vier Jahren abgeschrieben wird.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet. Im Geschäftsjahr waren keine außerordentlichen Abschreibungen für voraussichtlich dauernde Wertminderungen nach § 253 Abs. 3 HGB beziehungsweise Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB vorzunehmen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen bestanden im Geschäftsjahr an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Interlloyd erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 216.262,43 € und wies zum 31. Dezember 2016 ein Eigenkapital von 247.808,87 € aus.

Die Bewertung der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgt gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und Abs. 4 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen auf Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 28.320,00 € vorgenommen. Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 40.230,00 € durchgeführt.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 2 Satz 1, zweiter Halbsatz HGB kann für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht werden, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Bei der Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile wird der im Rahmen einer Fondsdurchschau ermittelte nachhaltige Marktwert zugrunde gelegt. Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen wird unter Berücksichtigung der individuellen Schuldnerbonität zu Anschaffungskosten durchgeführt. Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 93.624,39 € durchgeführt.

Namenschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagioträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agioträge werden aktiviert und planmäßig linear über die Laufzeit aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden nach § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten nach § 341 c Abs. 3 HGB angesetzt.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Forderungen** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden in voller Höhe abgeschrieben. Die Forderungen an Versicherungsvermittler wurden nicht wertberichtigt, da diese, bedingt durch größere bereits erhaltene Teilzahlungen, als werthaltig angesehen wurden.

Die **laufenden Guthaben bei Kreditinstituten sowie die anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält Beiträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft ohne die Gewährung von Vorzügen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen, pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden gemäß Schreiben IV B/5 – S 2750 – 15/74 des Bundesfinanzministeriums (BMF) vom 30. April 1974 um die nicht übertragungsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Nach Rücksprache mit dem GDV wird davon ausgegangen, dass diese Regelung nicht durch das BMF-Schreiben IV C 9 – O 1000 – 86/5 vom 7. Juni 2005 zum Bürokratieabbau aufgehoben wurde. Als nicht übertragungsfähige Einnahmeteile werden danach 85 Prozent der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird grundsätzlich einzeln ermittelt und nach dem individuellen Bedarf bewertet. Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rentendeckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV), basierend auf dem aktuell gültigen Höchstzinssatz von 1,25 Prozent, durch die Verantwortliche Aktuarin der Gesellschaft unter Einbeziehung der für die Regulierung erforderlichen Aufwendungen einzeln berechnet. Für Spätschäden und Wiedereröffnungen werden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet. Aufgrund der positiven Abwicklung großer und mittlerer Vorjahresschadenfälle, insbesondere im Zweig der Allgemeinen Unfallversicherung, beträgt das Brutto-Abwicklungsergebnis der Gesellschaft rund 11 Prozent bezogen auf die korrespondierende Eingangsreserve.

Bei der Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wird der koordinierte Ländererlass vom 2. Februar 1973 zugrunde gelegt. Die Rückstellung für Schadenregulierungskosten wird gemäß § 341g Abs. 1 Satz 2 HGB gebildet.

Der **technische Zinsertrag** wurde mit 1,25 Prozent des arithmetischen Mittels aus Anfangs- und Endbestand der Deckungsrückstellung berechnet.

Die **Schwankungsrückstellung** ist gemäß § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV gebildet worden. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf das nationale Geschäft und die Niederlassungen erfolgt, sofern notwendig, nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Unter die Position **sonstige versicherungstechnische Rückstellungen** fällt die Stornorückstellung für Wagnisfortfall und Wagnisminderung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, welche im Berichtsjahr nach einem auf Erfahrungswerten beruhenden Stornosatz berechnet worden ist. Die Aufteilung auf die einzelnen Versicherungszweige wurde nach dem Beitragsschlüssel vorgenommen.

Die **Anteile der Rückversicherer** an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend den jeweils geltenden Quoten-, Fakultativ- und Schadenexzedentenverträgen ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafel 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und die Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Für die Bewertung wurde ein Zinssatz in Höhe von 4,01 Prozent (Vj. 3,89 Prozent) berücksichtigt. Im Vorjahr wurde der durchschnittliche Zinssatz der letzten sieben Jahre nach der zu diesem Zeitpunkt geltenden Rechtslage für die Diskontierung verwendet. Der ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag, der sich gemäß § 253 Abs. 6 HGB aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts ergibt, beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 303.741,00 €.

Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: 63 Jahre, Gehaltsdynamik: 2,5 Prozent, Rentendynamik: 1,75 Prozent, Zinssatz: 4,01 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden entspricht dem Aktivwert der zur kongruenten Bedeckung abgeschlossenen Rückversicherung und beträgt 18.608,00 €. Die Rückdeckungsversicherung wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Aktivwert) bewertet. Im Geschäftsjahr wurden 406,00 € Aufwand aus der Zunahme der Schuld in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Aus der **Abzinsung von langfristigen Rückstellungen** mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr entstanden wie im Vorjahr keine Zinserträge sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 13,52 € (Vj. 520,63 €).

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** und die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet.

Alle **Verbindlichkeiten**, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet.

Währungsumrechnung

Fremdwährungsaktiva und -passiva sowie die in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließenden Aufwendungen und Erträge in fremder Währung werden gemäß § 256 a HGB zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet, basierend auf den Grundsätzen zur Durchführung von Unternehmensbewertungen gemäß des Standards IDW S1 des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen

Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. II. 1. und 2. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag. Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namenschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- oder Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt.

In der Aufstellung der Entwicklung der Kapitalanlagen auf den Seiten 46 und 47 sind die Zeitwerte nach Anlageklassen angegeben.

II. Versicherungstechnische Angaben

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

(in Tausend Euro)

	Gesamtes Versicherungsgeschäft		Unfallversicherung		Haftpflichtversicherung	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gebuchte Bruttobeiträge	59.928	57.302	10.789	10.820	5.388	5.176
Verdiente Bruttobeiträge	59.500	56.886	10.791	10.815	5.370	5.115
Verdiente Nettobeiträge	28.808	27.600	5.330	5.357	2.481	2.360
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	29.834	32.432	4.839	5.153	1.718	1.239
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	23.600	22.989	4.288	4.374	2.118	2.044
davon Abschlussaufwendungen	3.608	3.331	415	370	524	413
davon Verwaltungsaufwendungen	19.993	19.659	3.873	4.004	1.594	1.632
Rückversicherungssaldo	3.552	189	1.182	681	968	1.124
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. vor Schwankungsrückstellung	1.494	293	532	651	564	714
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Schwankungsrückstellung	- 718	- 1.473	523	697	1.340	962
Versicherungstechnische Bruttoreückstellung insgesamt	67.503	63.306	25.805	25.367	3.961	4.445
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	34.892	33.314	16.809	16.369	2.731	2.456
davon Stornorückstellung	670	690	122	132	61	63
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellung	18.558	16.346	7.100	7.090	0	776
Anzahl mindestens einjährige Versicherungsverträge	397.961	386.654	61.177	60.320	49.842	49.117

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2016	2015
(in Stück)		
Inland	391.378	378.984
Ausland	6.583	7.670
Gesamt	397.961	386.654

Rechtsschutz- versicherung		Feuer- und Sachversicherungen		davon Verbundene Hausratversicherung		davon Verbundene Wohngebäude- versicherung		davon sonstige Sachversicherung		Sonstige Versicherungen	
2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
4	4	41.762	39.481	15.980	15.713	18.619	17.225	7.163	6.543	1.984	1.821
4	4	41.370	39.100	15.916	15.617	18.327	17.002	7.128	6.482	1.965	1.851
4	4	19.721	18.648	7.572	7.436	8.684	8.056	3.465	3.156	1.272	1.232
4	0	22.229	25.276	7.671	8.608	10.754	11.042	3.803	5.626	1.044	764
0	0	16.419	15.891	6.145	6.218	7.232	6.858	3.041	2.816	776	680
0	0	2.463	2.314	785	846	797	692	881	775	205	234
0	0	13.955	13.577	5.360	5.371	6.435	6.166	2.160	2.040	570	445
0	0	1.455	-1.660	1.211	557	-39	-402	283	-1.814	-53	43
0	5	198	-1.441	460	-195	-95	-932	-167	-314	199	365
0	5	-2.780	-3.502	557	-358	-2.848	-2.815	-489	-328	199	365
62	59	36.667	32.538	11.436	11.864	17.901	13.874	7.331	6.800	1.009	897
61	57	14.881	14.113	2.964	3.349	8.074	7.093	3.843	3.671	410	319
0	0	472	480	180	191	210	210	81	80	16	15
0	0	11.458	8.481	3.878	3.975	5.365	2.612	2.215	1.893	0	0
84	92	272.072	263.542	152.132	149.299	54.024	54.288	65.916	59.955	14.786	13.583

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Beiträgen

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2016	2015
<i>(in Tausend Euro)</i>		
Inland	59.331	56.706
Ausland	597	596
Gesamt	59.928	57.302

III. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis IV. im Geschäftsjahr 2016

(in Tausend Euro)

	Bilanzwerte 31.12.2015
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	410
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.004
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
3. Beteiligungen	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
5. Summe B. II.	1.004
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.136
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.065
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	0
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	8.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	8.006
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0
d) Übrige Ausleihungen	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000
6. Andere Kapitalanlagen	0
7. Summe B. III.	46.207
B. IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	0
Insgesamt	47.621

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2016	Zeitwerte gemäß § 54 RechVersV
0	0	0	137	273	273
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	3.357
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	3.357
309	0	94	0	11.538	12.100
8.299	0	40	28	22.376	23.530
0	0	0	0	0	0
2.000	4.000	0	0	6.000	6.337
1.000	0	0	0	9.006	9.501
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	5.000	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
11.608	9.000	134	28	48.920	51.468
0	0	0	0	0	0
11.608	9.000	134	165	50.198	55.098

Andere Rückstellungen

Unter dieser Position werden im Wesentlichen die Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 1.819.937,00 € (Vj. 1.785.382,00 €), die variable Vergütung von 163.490,00 € (Vj. 157.580,00 €), Kosten für den Jahresabschluss von 122.822,70 € (Vj. 67.882,00 €) sowie Urlaubs- und Gleitzeitrückstellungen in Höhe von 50.837,04 € (Vj. 46.715,09 €) ausgewiesen.

Steuern

Die Ertragsbesteuerung der Gesellschaft erfolgt aufgrund der ertragsteuerlichen Organshaft mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, grundsätzlich auf Ebene der Muttergesellschaft. Die Ergebnisse der realitätsnahen Bewertung (BMF-Schreiben vom 5. Mai 2000) und Abzinsung der Schadenrückstellungen (BMF-Schreiben vom 16. August 2000) werden bei der Ermittlung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Latente Steuern aufgrund abweichender Wertansätze in der Handels- und Steuerbilanz der Gesellschaft werden in den handelsrechtlichen Abschluss der Organträgerin einbezogen. Da die ARAG Allgemeine ebenfalls Organgesellschaft im Rahmen einer ertragsteuerlichen Organshaft mit der ARAG SE als Organträgerin ist, erfolgt die Besteuerung letztendlich auf Ebene der ARAG SE.

Eigenkapital

(in Euro)	2016	2015
Eigenkapital, gesamt	7.392.771,59	7.392.771,59
davon:		
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt	5.000.000,00	5.000.000,00
Es ist eingeteilt in:		
5.000 voll eingezahlte nennwertlose Stückaktien		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Ziff. 4 HGB		
Kapitalrücklage am 01. 01. 2016	1.852.771,59	602.771,59
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00
Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	1.250.000,00
Kapitalrücklage am 31. 12. 2016	1.852.771,59	1.852.771,59
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Gesetzliche Rücklage am 01. 01. 2016	500.000,00	500.000,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00
Gesetzliche Rücklage am 31. 12. 2016	500.000,00	500.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	40.000,00	40.000,00
IV. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Die **gesetzliche Rücklage** war in den Vorjahren gemäß § 300 AktG zu bilden. Im Geschäftsjahr erfolgte keine Zuführung zur gesetzlichen Rücklage.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr verläuft erwartungsgemäß.

V. Sonstige Angaben

Ausschüttungsgesperrte Beträge

Ausschüttungsgesperrte Beträge können unter anderem aus der Bewertung von Vermögensgegenständen mit dem beizulegenden Zeitwert gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB resultieren. Der ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag, der sich bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts ergibt, beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 303.741,00 € (Vj. 0,00 €).

Wirtschaftsprüferhonorar

Mit dem Abschlussprüfer wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 Honorare in Höhe von 64.230,00 € (Vj. 59.500,00 €) vereinbart. Die zusätzlich angefallene Umsatzsteuer ist als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht. Weitere Beratungsleistungen, Steuerberatungsleistungen und sonstige Leistungen sind nicht angefallen.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2016	2015
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	15.386.228,77	14.837.336,18
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	3.171.437,68	2.975.554,12
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	492.205,08	491.573,21
5. Aufwendungen für Altersversorgung	32.770,58	276.781,12
Aufwendungen, gesamt	19.082.642,11	18.581.244,63

Angaben zum Investmentvermögen

Im Kapitalanlagebestand ist zum Abschlussstichtag kein Investmentvermögen enthalten, das zu mehr als 10 Prozent durch die Gesellschaft gehalten wird.

Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 50 (Vj. 48). Hiervon entfielen auf den nationalen Vertrieb 19 Mitarbeiter, auf den inländischen Betrieb 13 Mitarbeiter, auf die nationale Schadenabteilung zehn Mitarbeiter, auf sonstige Bereiche sechs Mitarbeiter sowie auf die spanische Niederlassung zwei Mitarbeiter.

Bezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesellschaft nach § 285 Nr. 9a HGB auf 26.565,00 €. Die Bezüge des Vorstands werden von der in Personalunion geführten Muttergesellschaft geleistet und anteilig an die Gesellschaft weiterbelastet; direkte Bezüge fielen im Geschäftsjahr nicht an. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 54 des Berichts angegeben.

Konzernzugehörigkeit

Die Interlloyd Versicherungs-AG gehört aufgrund einer Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 16 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 AktG zum Konzern der ARAG Holding SE. Sie wird in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE, Düsseldorf, einbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht. Die Interlloyd verzichtet aufgrund der befreienden Wirkung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts der ARAG Holding SE gemäß § 291 HGB auf die Erstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts. Die Aktien der Interlloyd befinden sich im 100-prozentigen Besitz der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG.

Düsseldorf, den 22. Februar 2017

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Wolfgang Mathmann

Christian Vogée

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 6. März 2017

PricewaterhouseCoopers
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sven Capousek
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, sowohl schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaft, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat in vier ordentlichen Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal zur konstituierenden Sitzung des Gremiums zusammen. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Im Berichtszeitraum hat sich der Aufsichtsrat unter anderem mit den Maßnahmen zur Umsetzung der Fit&Proper-Leitlinie sowie der aktuellen Vergütungssystematik auseinandergesetzt. Weitere wesentliche Themen der jeweiligen Sitzungen waren die Besprechungen über die aktuellen Situationen an den Kapitalmärkten und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesellschaft, die laufenden Geschäftsjahreszahlen und die aktuellen Erwartungsrechnungen, die Beschlussfassungen über die Geschäfts- beziehungsweise Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung sowie die Verabschiedung der strategischen Planung der Interlloyd für den Dreijahreszeitraum von 2017 bis 2019.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch den Aufsichtsrat am 13. April 2016 gewählten und mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht und der Bericht des Abschlussprüfers sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der feststellenden Aufsichtsratssitzung ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 24. März 2017

Der Aufsichtsratsvorsitzende

Werner Nicoll

Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat	Werner Nicoll	Vorstand der ARAG SE, Herzogenrath, Vorsitzender
	Ralf Sohlmann	Versicherungsdirektor a.D., Bochum, stellv. Vorsitzender
	Dr. Alexander Hirsch	Rechtsanwalt, Meerbusch
Der Vorstand	Wolfgang Mathmann	Krefeld
	Christian Vogée	Düsseldorf

Impressum

Redaktion
Gestaltung und
Realisierung
Fotografie

ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Kammann Rossi GmbH, Köln
Titel: Getty Images

